



Liebe Freie Wählerinnen und Freie Wähler

Weihnachten steht vor der Tür und damit die Zeit, um kurz innezuhalten und das vergangene Jahr in der Erinnerung noch einmal vorbeiziehen zu lassen. Ein bewegtes und ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Sie alle haben in Ihren Vereinen, Städten und Gemeinden viel Arbeit geleistet für das Wohl unserer Bürger. Das ehrenamtliche Engagement, welches von Ihnen für die Funktion unseres Gemeinwesens geleistet wird, ist nicht mehr wegzudenken. Ich bitte Sie, auf diesem Weg weiterzumachen und sich für Ihre Mitbürger einzusetzen.

Gemeinsam haben wir auch die Freien Wähler ein Stück nach vorne gebracht und sind dabei, uns in der politischen Landschaft noch klarer zu positionieren. Die Anfragen, die ich derzeit fast täglich von Bürgern aus ganz Bayern bekomme, die nicht bei den Freien Wählern sind, zeigt mir, dass die Öffentlich-

keit auf uns wartet und zunehmend Hoffnungen in uns setzt. Von Firmenbelegschaften, die um ihren Arbeitsplatz fürchten bis zu „kleinen Leuten“, die an der Gerechtigkeit unseres Gemeinwesens zweifeln und sich Behördenmühlen hilflos ausgeliefert fühlen. Dies zeigt uns, dass in unserer Gesellschaft bei weitem nicht alles so „rund“ läuft, wie es gerne dargestellt wird. Leider kann man viele dieser Botschaften nur hilflos zur Kenntnis nehmen, da uns vielfach der Einfluss fehlt, um den betroffenen Bürgern zu helfen. Es ist uns aber Ansporn, unseren Weg weiterzugehen und die Freien Wähler als Interessenvertreter des Bürgers weiter zu stärken. Bei den zahlreichen Veranstaltungen, zu denen Sie mich in den letzten acht Monaten eingeladen haben, durfte ich eine Vielzahl von interessanten Menschen kennen lernen, viele Erfahrungen sammeln und Eindrücke mit nach Hause nehmen. Hierfür und für die Arbeit, die Sie für die

Freien Wähler auf allen Ebenen geleistet haben, danke ich Ihnen nochmals sehr herzlich!

Weihnachtszeit ist die Zeit, um sich im Kreise der Familie oder Freunde etwas zurückzulehnen und Kräfte zu sammeln für die Aufgaben, die im nächsten Jahr wieder auf uns warten. Diese Aufgaben werden mit Sicherheit nicht geringer sein als das, was wir heuer zu bewältigen hatten.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und freue mich auf die gemeinsame Arbeit im Jahr 2007!

Mit freundlichem Gruß

Ihr

 FW-Landesvorsitzender

Aktiv älter werden – Zeit fürs Ehrenamt

Herausforderungen
und Lösungswege
für die Kommunen –
Aufgabe für die Freien Wähler

Von Armin Grein,
FW-Ehrenvorsitzender



Sind Sie schon einmal durch den Park eines typischen Kurortes gegangen? Nun, dann haben Sie vielleicht einen kleinen Einblick bekommen, wie es in ein paar Jahrzehnten auf unseren Straßen aussehen wird: Ältere Menschen bestimmen das Bild, Kinder und junge Familien sind in der Minderheit. So - und nicht anders - wird es dann in weiten Teilen Deutschlands sein. Zumindest dann, wenn die Prognosen der Demographen eintreten. Denn diese prophezeien aufgrund der anhaltend niedrigen Geburtenzahlen bei einer gleichzeitig ansteigenden Lebenserwartung eine deutliche Überalterung unserer Gesellschaft – verbunden mit einem enormen Bevölkerungsschwund! Leben zurzeit noch rund 82,4 Millionen Menschen in der Bundesrepublik, so werden es im Jahr 2050 gerade noch 75 Millionen sein – Zuwanderungsgewinne aus dem Ausland bereits eingerechnet! Während in ein paar Jahrzehnten also insgesamt weniger Menschen in unserem Land leben werden, wird sich das Altersgefüge unserer Bevölkerung erheblich verschieben. Der Anteil der über 60jährigen wird dann auf 36 Prozent anwachsen, während die unter 20jährigen nur rund 16 Prozent der Bevölkerung stellen werden. Besonders deutliche Zuwächse aber wird die Gruppe der über 80jährigen verzeichnen. Das bedeutet, dass sich in Zukunft mehr als ein Drittel aller Bürger in einem Alter befinden wird, in dem wir nach heutigen Maßstäben bereits das Erwerbsleben hinter uns lassen und in den „wohlverdienten“ Ruhestand eintreten.

Dabei wird sich die Bevölkerungsentwicklung regional höchst unterschiedlich darstellen, wofür im Wesentlichen großräumige Wanderungsbewegungen verantwortlich zeichnen. So haben die neuen Bundesländer seit der Grenzöffnung einen Bevölkerungsrückgang von rund zwei Millionen Menschen verkraften müssen. Diese Zahl muss man sich bildlich vor Augen halten: Etwa zwei Millionen Einwohner hatte Berlin in seinem Westteil vor der deutschen Wiedervereinigung. Und wir müssen uns bewusst werden: Diese zwei Millionen, die die neuen Bundesländer verlo-

ren haben, waren vorrangig junge und gut ausgebildete Menschen, die vor allem die ländlich strukturierten Regionen verlassen und damit auch erhebliche Zukunftspotentiale mit sich genommen haben, sowohl was das natürliche Bevölkerungswachstum als auch das Wirtschaftswachstum anbelangt.

Von Abwanderung betroffen sind aber nicht nur Gebiete in den neuen Bundesländern. Auch strukturschwache und ländliche Regionen im Westen wie etwa im Saarland, im Norden Bayerns, im südlichen Niedersachsen und im Norden von Schleswig-Holstein haben mit einem negativen Wanderungssaldo zu kämpfen. Auch hier wandern Menschen ab und suchen ihre Zukunft in den wirtschafts- und wachstumsstarken Zentren unserer Republik vor allem in Baden-Württemberg und Bayern. Dies hat zur Folge, dass im Umfeld vieler großer Städte und Ballungsgebiete in den kommenden Jahrzehnten noch mit einer wachsenden Bevölkerung zu rechnen ist, so dass dort – zumindest eine zeitlang – auch die Überalterungstendenzen der Bevölkerung etwas gemindert werden können.

Ab 2018 wird die Bevölkerung in allen Bundesländern abnehmen

Der demographische Wandel wird sich also zunächst vor allem in ländlich strukturierten Räumen bemerkbar machen, die neben dem allgemein in Deutschland zu beobachtenden Phänomen der rückläufigen Geburtenzahlen auch noch Wanderungsdefizite hinnehmen müssen. Wandern aber die jungen, mobilen Bevölkerungsteile ab, so zieht das in diesen Regionen einen noch stärkeren Geburtenrückgang nach sich. Die Überalterung wird noch gravierender und eine regelrechte Vergreisung setzt ein. Ein Teufelskreis, der nur schwer zu durchbrechen sein wird!

Folgt man den Prognosen, so werden ab 2018 alle Bundesländer abnehmende Einwohnerzahlen verzeichnen – egal, ob sie heute noch zu den Gewinnern bei der Zuwanderung zählen oder nicht. Zwölf der 16 Bundesländer werden dann dünner besiedelt sein als 2003.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen werden sich noch weiter verstärken. Gebiete mit überdurchschnittlich vielen älteren Menschen werden dann relativ jungen Regionen gegenüberstehen, in denen günstige Arbeitsmarktfaktoren und ein umfassendes Bildungsangebot für hohe Zuwanderungsraten sorgen. So wird der Anteil der Kinder und Jugendlichen im Jahr 2020 in Extremfällen von unter zehn Prozent bis deutlich über 20 Prozent schwanken. Was dies im Einzelnen für unsere Kommunen bedeuten mag, das bekommen viele kleinere Gemeinden im ländlichen Raum bereits zu spüren. Denn sie haben schon heute Probleme, die bisherigen Standards öffentlicher Daseinsvorsorge bei schwindenden Einwohnerzahlen aufrecht zu erhalten. Zu wenige Kinder bedeuten vielfach das Aus für den dörflichen Kindergarten, die örtliche Grundschule. Weniger Einwohner bedeuten aber auch weniger Konsumenten. Geschäfte vor Ort sind in ihrer Existenz bedroht. Banken und Postagenturen ziehen ihre Zweigstellen zu rentableren Einheiten zusammen, Ärzte siedeln in die nächst größeren Zentren um.

Aber auch das Freizeitangebot – ein heutzutage nicht zu unterschätzender Standortfaktor für eine attraktive Kommune – leidet unter rückläufigen Einwohnerzahlen. Schwimmbäder und Büchereien – seit jeher Zuschussbetriebe – sind nur schwer zu rechtfertigen, wenn die Besucherzahlen weiter zurückgehen. Dorfgaststätten als Treffpunkte für Jung und Alt haben Mühe, finanziell zu überleben. Und auch unsere Vereine müssen versuchen, mit immer weniger Nachwuchs ihre Ziele weiterhin zu erreichen. Wer von Ihnen in einem Verein aktiv mitarbeitet, der weiß, wie schwierig es oft schon heute ist, genügend ehrenamtlich engagierte Mitbürger zu finden. Wo aber das Infrastrukturangebot vor Ort fehlt, da lassen sich nur schwerlich neue Mitbürger anwerben. Die Folge: Leer stehender Wohnraum, wenig Nachfrage nach neuen Bauplätzen. Ein Problem, mit dem die Wirtschaftszentren lediglich in unattraktiven Wohnlagen zu kämpfen haben werden.

Angesichts dieser demographischen Entwicklung können wir an zwei Eckpunkten ansetzen: Zum einen müssen wir junge Familien mit Kindern wesentlich mehr als bisher fördern. Die Einführung des Elterngeldes zum Jahr 2007 ist da nur ein sprichwörtlicher Tropfen auf den heißen Stein. Denn ich bezweifle, dass diese Maßnahme allein reichen wird, einen Kinderboom in unserem Land auszulösen. Dazu bedarf es doch eines Konzepts, das wesentlich weiter reicht, das neben finanziellen Anreizen gleichzeitig auch umfassende Kinderbetreuungsmöglichkeiten und ein familienfreundlicheres Umfeld in unserem Land einbezieht. Zum anderen müssen wir endlich begreifen, welches Potential in den älteren Menschen steckt. Denn die Senioren von heute sind weit entfernt von den Großmüttern und Großvätern früherer Zeiten. Wir haben es heute mit einer Generation zu tun, die nach ihrem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben oft noch fit und aktiv ist. Ja, es hat sich quasi eine eigenständige Lebensphase entwickelt, die gemeinhin als „Drittes Alter“ bezeichnet wird. Schließlich haben die „Alten von heute“ aufgrund der oft in Anspruch genommenen Vorruhestandsregelung bei gleichzeitig gestiegener Lebenserwartung noch gut und gerne zwanzig oder gar dreißig Jahre vor sich, in denen sie in unserer Gesellschaft mitwirken können. Sie haben also etwas zu bieten, was wohl keine Bevölkerungsgruppe in dem Maß zu bieten hat: Sie haben Zeit! Dabei sind die Senioren von heute auch im Schnitt besser ausgebildet und verfügen über mehr finanzielle Mittel als früher.

Junge Familien mit Kindern mehr fördern!

Kein Wunder also, dass die Werbung diese Bevölkerungsschicht nach und nach für sich entdeckt und sie gezielt umwirbt. Spezielle Produkte für ältere Menschen drängen immer mehr auf den Markt. Und wenn man etwa dem Autor Frank Schirrmacher glauben darf, wird vieles in unserer Gesellschaft zukünftig mehr und mehr von dieser anwachsenden Bevölkerungsgruppe bestimmt werden. Doch wie sieht es bislang in unseren Köpfen aus? Ältere und alte Menschen werden in unseren Vorstellungen oft nur auf einige wenige Punkte reduziert: Sie gelten als hilfs- und pflegebedürftig und werden als Kostenfaktor für unsere Gesellschaft gesehen.

Ich weiß nicht, ob Sie jemals „Asterix“ gelesen haben. Mir fällt da eine Ausgabe ein, in der die älteren – ausschließlich männlichen – Dorfbewohner den ganzen Tag auf einer Bank am Ortseingang sitzen und nichts Besseres zu tun haben, als das Ortsgeschehen zu kommentieren. Ein Bild, das von unserer heutigen Realität manchmal gar nicht so weit entfernt ist.

Kein Wunder also, dass die demographische Entwicklung in unserem Land als sehr negativ beurteilt wird: „Hilfe, wir vergreisen“, „Rentnerschwemme naht“, „Altenlast nimmt stetig zu“. Diese und ähnliche Schlagzeilen geistern durch unsere Medien, natürlich vor allem bedingt durch die Umwälzungen in unserem Rentensystem und die finanzielle Misere in unserem Gesundheitswesen! Doch wir müssen endlich davon weg kommen, unsere Senioren ausschließlich als Belastung zu sehen. Das können wir uns – denken Sie an die demographische Entwicklung! – auch gar nicht mehr leisten.

Senioren zählen zu den Aktivposten unserer Gesellschaft

Ohne unsere Senioren einzubeziehen würde ein enormes Potential unserer Gesellschaft „brach“ liegen. Denn es gibt eben nicht nur die hilfsbedürftigen Alten, es gibt auch unglaublich viele fitte und dynamische Senioren. Unsere Senioren gehören nicht auf die Passivseite! Sie sind Aktivposten unserer Gesellschaft, unserer Kommunen! Und sie können mit ihrem unentgeltlichen Einsatz ganz erheblich dazu beitragen, die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Denn, so frage ich Sie: Wie sonst könnten unsere Kommunen die Zukunftsaufgaben bewältigen? Zukünftig werden alle stärker gefordert sein, sich mit einzubringen. Zu lange hat ein umfangreicher Verwaltungsapparat viel zu viele Verantwortlichkeiten übernommen. Verantwortlichkeiten, bei denen auch unsere Bürger beteiligt werden könnten. Wir brauchen keine Menschen, die sich nur bedienen lassen wollen. Was wir brauchen, ist eine aktive Bürgerschaft. Was wir brauchen, ist ein umfassendes bürgerschaftliches Engagement, an dem möglichst alle Generationen teilhaben.

Dabei sind allen Unkenrufen zum Trotz gerade auch die älteren Menschen durchaus bereit, sich ehrenamtlich zu betätigen. In den letzten Jahren haben immer mehr Senioren ein Ehrenamt übernommen. So sollen bereits rund 37 Prozent der 60- bis 69jährigen aktiv mit dabei sein. Hier finden sich also keineswegs nur „Bankhocker“! Und auch die Vorstellung, dass sich zumindest die finanziell besser gestellten Rentner nahtlos in die Spaßgesellschaft einreihen und sich in keiner Weise um das Allgemeinwohl sorgen, trifft allenfalls auf eine Randgruppe zu.

Meist engagieren sich die Senioren noch in den traditionellen Bereichen, wie Sportvereinen, kirchlichen und sozialen Organisationen, deutlich seltener dagegen in den neuen „altersspezifischen“ Engagementfeldern wie z.B. der Seniorenpolitik. Doch wird es hier mit dem Nachrücken der weiteren Geburtenjahrgänge, die über ein noch besseres Bildungsprofil verfügen, voraussichtlich Verschiebungen geben.

Insgesamt sind bei den älteren Menschen natürlich noch ganz enorme Potentiale vorhanden, die wir erschließen können und müssen! Dabei dürfen diese Potentiale natürlich nicht als frei verfügbare Ressourcen gesehen werden, die die Gesellschaft nur eben auszuschöpfen braucht. Auch dürfen sich die älteren Menschen nicht als „Lückenbüßer“ für sozialstaatliche Defizite begreifen, die das auffangen sollen, was unser Staat nicht mehr zu leisten im Stande ist. Vielmehr müssen wir sie eigenverantwortlich handeln lassen und ihnen echte Wertschätzung und Anerkennung zukommen lassen. Nur dann wird es uns gelingen, ihnen Freude am Ehrenamt zu vermitteln. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für ein engagiertes und langes Wirken.

Besonders aktive Senioren mögen sich heutzutage in ihrem Tun fast schon ein wenig diskriminiert sehen. Diskriminiert deshalb, weil es nach wie vor Altersgrenzen für bestimmte Tätigkeiten gibt. So müssen etwa ehrenamtliche Schöffen ihr Amt mit 70 Jahren aufgeben. Wer älter als 60 Jahre ist, ist im aktiven Feuerwehrdienst nicht mehr gefragt. Hauptamtliche Bürgermeister und Landräte dürfen mit 65 nicht mehr zur Wahl antreten. Natürlich kann man nun darüber streiten, ob dies angesichts steigender Lebenserwartung und zunehmender individueller Fitness noch zeitgemäß ist. Doch glaube ich, dass es ganz einfach Bereiche gibt, für die man doch eher die Konstitution eines Jüngeren benötigt. Möglichkeiten, sich an anderer Stelle in unsere Gesellschaft einzubringen, gibt es dagegen zuhauf. Ich werde das später noch aufzeigen.

Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement

Was aber können unsere Kommunen dafür tun, dass die älteren Menschen ihr Wissen, ihre Erfahrungen und ihre Kompetenzen zum Wohl ihrer Kommune einbringen und damit ihren Beitrag leisten, für alle Generationen ein lebenswertes Wohnumfeld zu schaffen? Wichtig ist, möglichst günstige Rahmenbedingungen für ein bürgerschaftliches Engagement herzustellen. Denn allein die Bereitschaft, sich zu engagieren, reicht nicht aus. Viele ältere Menschen brauchen Anleitung und Anregung, wo genau sie sich einbringen können. Am besten geschieht dies bereits vor dem Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand, um frühzeitig Orientierung für eine zukünftige, sinnvolle Freizeitgestaltung zu geben. Eine Ehrenamtsbörse oder ein Seniorenbüro, das konkrete Vorschläge erarbeitet, wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Ganz gleich, wohin wir in Deutschland auch blicken: In vielen Städten und Gemeinden werden unsere Senioren umworben, im Ehrenamt aktiv zu werden. Ja, einige Kommunen

haben bereits Plattformen entwickelt, um dieser wachsenden Bevölkerungsgruppe vielfältige Möglichkeiten für ein Engagement aufzuzeigen. Doch vielfach ist in unseren Kommunen nur das Bewusstsein dafür vorhanden. Die Umsetzung lässt noch auf sich warten. Sehr weit entwickelt ist das Konzept der Stadt Arnsberg in Nordrhein-Westfalen. Dort beschäftigt man sich bereits seit über einem Jahrzehnt mit der Frage, wie eine altengerechte Stadt aussehen kann. Schon 1990 wurde ein Seniorenbeirat eingerichtet. In unterschiedlichen Arbeitskreisen nehmen ältere Mitbürger Einfluss auf Wohnprojekte, die Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs oder die Freizeitgestaltung für Jung und Alt, wie etwa die „Akademie 6 bis 99“, in der Kinder wie Senioren miteinander lernen. Technikbegeisterte Senioren bringen ihr Wissen in der Schulcomputerwerkstatt ein und treffen sich einmal wöchentlich zu Reparatur- und Wartungsarbeiten der dortigen Computer. Das bringt dem städtischen Haushalt eine finanzielle Entlastung und den Senioren das Gefühl, gebraucht zu werden. Ebenfalls engagieren sich dort ältere Menschen als Paten für lernbehinderte und erziehungsschwierige Kinder. Ehemalige Ausbildungsleiter sind im Bewerbungstraining der Hauptschulen aktiv, ehemalige Berufsmusiker erteilen Erzieherinnen und Kindern Unterricht.

In Braunschweig werden Senioren als Nachbarschaftshilfe, als Heimbeiräte und in der Betreuung von Hilfsbedürftigen eingesetzt. Im dortigen Mehrgenerationenhaus helfen sie beim „Offenen Treff“, der unter anderem ein Café, Kinderbetreuung und Altenservice umfasst.

Gerade im sozialen Bereich sind die Einsatzmöglichkeiten für Senioren enorm groß, sei es, weil traditionelle Familienstrukturen immer mehr in Auflösung begriffen sind, sei es, weil finanzielle Mittel für Fachpersonal immer knapper werden. Denken Sie etwa an Besuchs-, Haushalts-, Einkaufs- und die Pflege ergänzende Dienste für Hilfsbedürftige. Dies alles trägt dazu bei, dass alte Menschen länger eigenständig zu Hause leben können. Auch in der Hospizbewegung sind gerade ältere, ungebundene und flexible Betreuer gefragt, die Verständnis für diese Situation aufbringen. Pflegende Angehörige können damit eine spürbare Entlastung erfahren.

Doch nicht nur bei der Betreuung hilfsbedürftiger Menschen hätten Senioren ein breites Betätigungsfeld. Auch in Kindergärten könnten „Leihomas“ und „Leihopas“ die Erzieherinnen und Erzieher in ihrer Arbeit unterstützen. In der nordrhein-westfälischen Stadt Ahlen etwa werden „Patengroßeltern“ gesucht, die nicht vor Ort lebende Großeltern ein Stück weit ersetzen sollen. Auch „Vorle-

se-Omas und -Opas“ kommen dort in der städtischen Bücherei zum Einsatz.

In Hamburg besteht die Möglichkeit, als so genannter „Seniortrainer“ aktiv zu werden. In einem Kurs werden die Teilnehmer auf ihr zukünftiges Aufgabenfeld vorbereitet und sollen dann in der Lage sein, Initiativen und Vereine zu beraten und unterstützen, aber auch neue Ideen zu entwickeln und die Arbeit in den Stadtteilen miteinander zu vernetzen. Und auch im Süden unserer Republik, in München, setzt man auf die älteren Mitbürger. Die Initiative „SINN“ steht für „Senioren Initiative Nachhaltigkeits-Netzwerk“ und wirbt für ein „sinnerfülltes Älterwerden“ und ein „zukunfts-fähiges München“.

Jeder hat die Möglichkeit, sich nach seinen persönlichen Fähigkeiten und Neigungen einzubringen

Institutionen und Vereine haben ebenfalls längst erkannt, dass es ohne Senioren schwer wird, weiterhin alle Aufgaben zu bewältigen. So hat etwa der Deutsche Sportbund einen „Leitfaden zur Gewinnung von Seniorinnen und Senioren für die ehrenamtliche Tätigkeit im Sportverein“ herausgegeben.

Die genannten Beispiele machen deutlich: Jeder hat die Möglichkeit, sich nach seinen persönlichen Fähigkeiten und Neigungen einzubringen. Denkbar wäre etwa auch die Mitwirkung in der Gästebetreuung einer Fremdenverkehrsgemeinde (Stichwort Fremdenführer), die ehrenamtliche Leitung einer von der Kommune erworbenen Dorfgaststätte oder aber der Einsatz als „Aktivsenior“. Hier unterstützen Experten aus Wirtschaft und Technik Existenzgründer und in Schwierigkeiten geratene Klein- und Mittelbetriebe und helfen Jugendlichen beim Einstieg ins Berufsleben. In Bayern hat der Verein inzwischen 350 Mitglieder. Das durchschnittliche Alter der Senioren: 63 Jahre. Die Älteste ist 92! Und auch in meinem Landkreis habe ich in diesen Tagen von einem wirklich beispielhaften Projekt erfahren. Da haben sich fünf handwerklich begabte Rentner einer Gemeinde zur „Bauhof AG“ zusammengefunden - AG für Arbeitergemeinschaft. Die Rentnertruppe hilft bei der Restaurierung von Bildstöcken, der Anlage eines Lehrpfades, dem Aufstellen von Ruhebänken oder aber beim Aufbau des Weihnachtsmarktes. Jeden Morgen erscheinen sie pünktlich zu ihrem Ehrenamt und haben so ihrer Gemeinde schon viel Geld gespart.

In einer anderen, noch viel kleineren Gemeinde meines Landkreises haben sich die Bewohner zu einer „Dorf Service GmbH“ zusammengeschlossen, um durch technische und soziale Projekte eine lebenswerte Zukunft in ihrem Ort zu sichern. Nachdem dort bereits in

Eigenregie eine Heizzentrale für die Kirche, das Feuerwehrhaus sowie etliche Wohnhäuser gebaut wurde, soll nun ein Mehrgenerationenhaus entstehen. Dieses ist als Anlaufstelle für alle Dorfbewohner - vom Kindergartenkind bis zum Senior - geplant. Senioren, die Ansprache und Betreuung brauchen, können dort hin zum Essen kommen. Sprechstunden mit ambulanter Pflege sollen eingerichtet und Kinder betreut werden. Gerade in Dörfern mit einem hohen Anteil älterer Einwohner können solche zukunftsweisenden Projekte nur mit Hilfe der Senioren bewältigt werden.

Die Aufgaben, die auf unsere Seniorinnen und Senioren warten, sind also sehr vielschichtig und reichen von einfachen Diensten bis hin zu anspruchsvollen Tätigkeiten. Doch ganz gleich, wofür sich die älteren Menschen entscheiden: Jede Unterstützung ist für unser gesellschaftliches Zusammenleben wichtig und hilfreich! Viel zu lange haben wir die demographische Entwicklung in unserem Land ausschließlich als Katastrophe begriffen. Dass dem nicht so sein muss, haben die genannten Beispiele deutlich gemacht. In jedem Fall aber müssen wir uns den neuen Herausforderungen, die der Bevölkerungsrückgang und die Überalterung unserer Bevölkerung mit sich bringen werden, stellen. Dazu müssen wir von unseren bisherigen Denkmustern wegkommen und neue Szenarien entwickeln. In Ansätzen ist dies in einigen Kommunen bereits geschehen. Eine Patentlösung für alle Kommunen wird es dabei nicht geben können. Zu unterschiedlich sind die örtlichen Gegebenheiten und Voraussetzungen. Doch können wir uns an den Beispielen orientieren und eigene Lösungswege finden.

Wir müssen älteren Menschen zeigen, dass wir sie brauchen

In jedem Fall müssen wir die älteren Menschen noch viel mehr als bisher aktiv in unsere Gesellschaft einbinden! Wir müssen ihnen noch viel mehr als bisher zeigen, dass wir sie brauchen! Und wir müssen ihnen noch viel mehr als bisher deutlich machen, dass auch sie ganz persönlich von einer ehrenamtlichen Tätigkeit profitieren können! Wir dürfen den demographischen Wandel in unserem Land nicht passiv über uns ergehen lassen. Das wäre der denkbar schlechteste Weg für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Wir müssen dem demographischen Wandel aktiv begegnen - und dies am besten schon heute, nicht erst morgen! Denn: In jeder Krise steckt eine Chance. Wir müssen sie nur begreifen und nutzen!

Von Berlin und den Landesregierungen hören wir quer durch alle Parteien zu dieser so genannten Chance nur Sonntagsreden. In der gesamten Bundesrepublik sind nur rudimentäre Anregungen und Ansätze zu diesen Herausforderungen zu entdecken. Deshalb müs-

Freie Wähler – für Bürger und Bayern

Von Michael Fischl, FW-Landesgeschäftsführer

sen wir Freien Wähler uns darum kümmern. In der von uns im ganzen Land belegten und gestalteten Kommunalpolitik müssen wir auf Lösungswege in unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen aufzeigen, die Erfolg versprechend sind. Jeder von uns weiß in seinem Dorf, in seiner Stadt, in seiner Region um Defizite, die durch die demografische Entwicklung bereits evident sind oder in Kürze auf die Kommune zukommen werden. Wecken wir als Freie Wähler die Bereitschaft der vielen Senioren, sich in einem Ehrenamt einzubringen!

Wir Freien Wähler werden uns ganz praktische Vorschläge und Vorgehensweisen überlegen und zu konkreten ehrenamtlichen Einsätzen aufrufen. Das kann die „Leihoma“ oder der „Leihopa“ als Zusatzbetreuer im Kindergarten sein. Wenn möglicherweise Opa oder Oma in ihrer aktiven Zeit als Erzieherin oder Lehrer gearbeitet hätten, wäre das ein Glücksgriff. Unsere Erzieherinnen hätten dann mehr Zeit für individuelle Hinwendung zu den „Kleinen“. Für eine stundenweise Hilfe bei den Freizeitaktivitäten am Spielplatz, auf Wanderungen oder bei Ferienfreizeiten benötigen wir nicht unbedingt gelernte Erzieher. Mütter und Väter, die sich früher engagierten, haben ihre Erfahrungen in der Betreuung und Erziehung von Kindern. Auch bei der Nachmittagsbetreuung und Hausaufgabenhilfe der Schülerinnen und Schüler aller Schularten können pensionierte Pädagogen ehrenamtlich noch sehr viel Positives bewirken. Bei der Berufsfindung können ehemalige Ausbildungsleiter beraten. Bei Firmengründungen ist der Rat eines ehemaligen Geschäftsführers oder einstigen Firmenchefs von großem Wert. Die Bewohner unserer Seniorenheime und die Patienten unserer Krankenhäuser benötigen Ansprache und die Möglichkeit der Aussprache. Hier sind rüstige Senioren oft erfolgreicher als überlastete Fachleute. In diesem Zusammenhang wird es nötig sein, die vorgeschriebene Fachquote oder besser den Fachlichkeitsschlüssel, der in solchen Einrichtungen gefordert wird, zu überdenken. Hilfsdienste können allemal stundenweise von unseren „Alten“ geleistet werden.

Es schadet auch nicht, wenn in der Kommunalpolitik die noch körperlich und geistig agilen, jung gebliebenen Senioren ihren großen Erfahrungsschatz einbringen. Wenn schon die Bürger unserer Gemeinden, Städte und Landkreise immer älter werden, ist es nicht verwerflich, wenn auch die, die unsere Heimat gestalten, einen höheren Altersdurchschnitt aufweisen.

Hier wächst den Freien Wählern in den nächsten Jahren in den Kommunen eine Aufgabe zu, die wir bewältigen müssen und bewältigen können.



Über 300 Teilnehmer freuten sich über eine gelungene Landesversammlung mit engagierten Reden und einem bunten Rahmenprogramm.

Über 300 Teilnehmer konnten die Freien Wähler Bayern auf ihrer Landesversammlung in Regensburg (Landkreis Regensburg) begrüßen. Mit Begeisterung wurden vor allem die Reden des Kelheimer Landrats Dr. Hubert Faltermeier und des FW-Landesvorsitzender Hubert Aiwanger aufgenommen.

Faltermeier machte in seinen „Forderungen der Kommunalpolitik an die Landespolitik“ deutlich, dass Kommunalpolitiker keine Bittsteller oder Bettler sind, sondern über ein unmittelbares Bürgermandat verfügen, das weder Regierungs- und Bezirkstagspräsidenten noch der bayerische Ministerpräsident vorweisen können. Der Kelheimer Landrat erinnerte

an Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes, in dem festgelegt ist, dass den Gemeinden das Recht gewährleistet sein muss, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Für die Kommunen folge daraus die Garantie des Selbstverwaltungsrechts, die Garantie der Finanzhoheit und das Recht auf eine aufgabenadäquate Finanzausstattung. Faltermeier: „Der Gesetzgeber darf das Selbstverwaltungsrecht nicht innerlich aushöhlen, auch nicht ersticken und nicht erdrosseln!“

In der ersten seiner vier Forderungen verlangte Faltermeier eine klare Aufgabendelegation sowie die konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips. Alle Vollzugsaufgaben müssten nach unten an die Landratsämter, Landkreise und Gemeinden verlagert werden, denn dort begegne der Bürger dem Staat, dort könne und müsse der Interessenausgleich erfolgen. Der Landrat kritisierte das Fehlen unterer Einheitsbehörden in Bayern. Während man in Baden-Württemberg damit hervorragende Erfahrungen gemacht habe, müsse man sich in Bayern mit einer missglückten Verwaltungsreform herumschlagen. Das Herumgeeiere bei der Neuregelung des Denkmalschutzrechts zeige den fehlenden Mut der bayerischen Landespolitik. Vielleicht wollten Abgeordnete aber auch keine zu starken Landräte oder Bürgermeister, so Faltermeier, vor allem dann nicht, wenn sie Freie Wähler seien.



Dr. Hubert Faltermeier, Landrat von Kelheim, präsentierte pointiert und energisch die Forderungen der Kommunalpolitiker an die Landespolitik.

Weiter forderte Faltermeier einen konsequenten Vorschriften- und Bürokratieabbau. Dies sei

seit den siebziger Jahren ein Dauerthema, an dem sich jeder Staatskanzleiminister üben dürfe. In der Praxis wucherten Vorschriften und Bürokratie munter weiter, wie das Büchergeld und die neuen Kindergartengesetze zeigten. Als besonders schönes Beispiel kopfloser Bürokratie nannte Faltermeier die Vollzugsbekanntmachung zum Immissionsschutzgesetz, die erst abgeschafft wurde, um dann wenige Wochen später durch die Mitteilung, sie sei zwar abgeschafft, jedoch sinngemäß weiter anzuwenden, wieder fröhliche Urstände feierte. Der Kelheimer Landrat verwies auch auf den Moloch Europäische Union, in dem es inzwischen 23 Amtssprachen gebe. Anstelle von Konzentration und Zentralisierung forderte Faltermeier die Stärkung dezentraler Landkreis- und Gemeindeaufgaben. Er sprach sich für dezentrale Berufsschulen und damit gegen die zentralen Kompetenzzentren aus. Der Erhalt der Kreiskrankenhäuser sowie eines leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehrs anstelle des Prestigeobjekts Transrapid und die bayernweite Versorgung mit DSL müssten weitere Ziele sein. Zudem bedürfe es einer Gesamtstrategie für den ländlichen Raum.

Kommunalpolitiker sind keine Bittsteller oder Bettler

Vor allem aber müsse eine angemessene Finanzausstattung der Landkreise und Gemeinden sicher gestellt werden. Die jüngst publik gewordenen Überlegungen oberfränkischer Gemeinden nach Umgliederung nach Thüringen zeigten die große Unzufriedenheit der Kommunen. Faltermeier kritisierte auch die sog. Einwohnerveredelung, nach der bei der Schlüsselzuweisung Gemeinden für jeden Einwohner das einfache, Großstädte aber das 1,8-fache erhalten. Er verwies auf die explodierenden Jugendhilfe- Sozialausgaben. Der Bund schaffe an und die Kreise zahlten. So werden bei den Unterkunftskosten für Hartz IV-Empfänger für 2007 nur zwei statt fünf Milliarden Euro als Bundesanteil fließen. Dies bedeute für seinen Landkreis Kelheim eine finanzielle Mehrbelastung von 600.000 Euro. Auch die vom Freistaat zugesagten 50 Millionen Euro für den Wohngeldausgleich stünden noch aus. Das G8 als erster Anwendungsfall für das von den freien Wählern angestoßene strikte Konnexitätsprinzip zeige, dass sich der Staat vor seiner finanziellen Verantwortung und Verpflichtung drücken wolle.

Zusammenfassend sah Faltermeier immense gesellschaftliche Herausforderungen auf die Kommunen zukommen. Deshalb sei eine Gesamtstrategie unerlässlich, die die Chancengleichheit in der Bildung fördere, dem Bevölkerungsrückgang auf dem Lande entgegen wirke, Antworten auf die Überalterung der Bevölkerung gebe, die ländliche Infrastruktur sichere und mittelständische Arbeitsplätze auf dem Lan-

de fördere. An die Adresse der Staatsregierung richtete Faltermeier den Appell: „Der Sonntagsreden sind genug gesprochen, nun lasst Taten sprechen.“

Wir brauchen Geld für mehr Lehrer, nicht für den Transrapid

Der FW-Landesvorsitzende Hubert Aiwanger skizzierte eine Standortbestimmung für die bayerische Landespolitik und die Freien Wähler. Während es 2003 noch eine große Zufriedenheit mit der Politik der bayerischen Staatsregierung festzustellen war, habe sich das Blatt nun gewendet. In der Bildungspolitik habe die Staatsregierung es versäumt, die Hauptschulen zu stärken. Statt dessen habe es unsägliche Diskussionen über die Abschaffung und die Umbenennung dieser Schulart gegeben. Während unsere Schulen unter Lehrermangel litten und für ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr keine 80 Millionen Euro jährlich aufgebracht werden könnten, wolle die Staatsregierung das Geld für das wirtschaftlich unsinnige Münchner Transrapidprojekt verschwenden. Es sei beschämend, dass die CSU-Landrätin Gabriele Pauli bei der Kostenerstattung für das G8 gegen die CSU Staatsregierung klagen müsse. Aiwanger forderte den Freistaat auf, massive Anstrengungen zu unternehmen, um der Bildungsmisere in Bayern entgegenzuwirken. 60.000 jugendliche Arbeitslose in Bayern seien das traurige Resultat einer verfehlten Bildungspolitik, so der Landesvorsitzende.

Massiven Handlungsbedarf sah Aiwanger auch bei den ländlichen Regionen und beim

Mittelstand. Er forderte den Freistaat auf, beim Finanzausgleich und bei den Schlüsselzuweisungen endlich den eigenen Versprechungen nachzukommen. Die Kommunen wüssten besser als alle Bürokraten in München, was das Beste für den Bürger sei. Deshalb gebe es keine Alternative zu einer starken kommunalen Selbstverwaltung, der aber durch die Politik der Staatsregierung die finanzielle Grundlage entzogen werde.

Aiwanger kündigte an, dass die Freien Wähler die CSU ständig an die politischen Fehlleistungen erinnern werden. Dazu werde man sich in Bayern flächendeckend zu Wort melden. Die CSU sehe in den Freien Wähler ihren politischen Hauptgegner. Dies liege auch daran, dass die Freien Wähler als einzige politische Kraft ausschließlich den Bürger in den Mittelpunkt ihrer Politik stellten. Eine wirkliche Änderung der Politik in Bayern werde es erst nach einem Einzug der Freien Wähler in den Landtag geben können. Aiwanger machte deutlich, dass die Freien Wähler für diesen Schritt auch bereit seien. Er versprach, dass im Gegensatz zur letzten Landtagswahl alle Stimmkreise besetzt werden. Er bedankte sich bei den Orts- und Kreisverbänden für ihre Beteiligung an der Basisbefragung des Arbeitskreises Kommunalpolitik, die ihm zeige, dass die FW-Gliederungen bereit seien, sich so intensiv wie nie zuvor in die gemeinsame Arbeit einzubringen. „Die Freien Wähler sind die kommende politische Kraft in Bayern“, beendete der FW-Landesvorsitzende unter langanhaltenden Beifall seine Rede.

50 Jahre Politik ohne Parteilbrille



Über 50 erfolgreiche Jahre Freie Wähler Rennertshofen freuten sich (v.l.n.r.): Ortsvorsitzender Josef Friedl, Landesvorsitzender Hubert Aiwanger, Bezirksvorsitzende Eva Gottstein, Bezirksrat und Kreisvorsitzender Klaus Brems sowie Bürgermeister Ernst Gebert

Ihr 50-jähriges Jubiläum feierten die Freien Wähler in Rennertshofen (Landkreis Neuburg-Schrobenhausen). Auf der Jubiläumsfeier konnte der Ortsvorsitzende Josef Friedl viele Mitglieder, Freunde und Gäste, u.a. den Landesvorsitzenden Hubert Aiwanger, die oberbayerische Bezirksvorsitzende Eva Gottstein und den oberbayerischen Bezirksrat Klaus Brems, begrüßen. Josef Friedl strich in seiner Rede heraus, dass sich in Rennertshofen über

die vielen Jahre hinweg Männer und Frauen der Freien Wähler politisch engagiert und mit großem Erfolg Verantwortung übernommen haben. Ernst Gebert, erster Bürgermeister der Marktgemeinde, betonte, dass für die Freien Wähler immer die Sache im Vordergrund stand und steht. Einmalig ist, dass die Freien Wähler in Rennertshofen seit 50 Jahren ununterbrochen den ersten Bürgermeister stellen.

Freie Wähler im Gespräch mit Deutscher Polizeigewerkschaft

Zu einem Informationsaustausch trafen sich Vertreter der Deutschen Polizeigewerkschaft – DPoIG – Sektion Bayern mit dem FW-Landesvorsitzenden Hubert Aiwanger und dem Sprecher des FW-Arbeitskreises „Innere Sicherheit und Polizei“, Manfred Hümmer. Der DPoIG-Landesvorsitzende Hermann Benker betonte in seinem Grußwort; dass „die Freien Wähler nicht nur wegen ihrer Ambitionen im Hinblick auf das Wahljahr 2008 ein ernstzunehmender und seriöser Gesprächspartner seien“.

FW-Chef Hubert Aiwanger erinnerte an die Übertritte ehemaliger CSU-Mitglieder aus den Reihen der Polizei zu den Freien Wählern. Aiwanger: „Jetzt bekommt Ministerpräsident Stoiber die Quittung für gebrochene Wahlversprechen. Die bayerischen Staatsdiener haben die Liste der Grausamkeiten wie Nullrunden bei der Gehaltsentwicklung, die Abschaffung des Urlaubsgel-

des, den Wegfall der Freistellungstage und die Verlängerung der Wochenarbeitszeit nach dem Wahlsieg nicht vergessen. Wir reichen deshalb all denen die Hand, die eine neue politische Heimat suchen“. „Es ist nicht stimmig, wenn die Staatsregierung die Leistungsfähigkeit der Bayer. Polizei bei jeder passenden Gelegenheit über den grünen Klee lobt und andererseits unter dem selbstverordneten Diktat der Kostensenkung jegliche vernünftige Entwicklung bei Laufbahn- und Besoldungsrecht ausbremst“ ergänzte Arbeitskreissprecher Manfred Hümmer.

Die Polizeireform in Bayern ist eine politische und nicht aus sachlichen Überlegungen heraus geborene Entscheidung, so die übereinstimmende Meinung der Gesprächspartner. Es hätte genügt, die bestehende und intakte Polizeistruktur nach eventuell vorhandenen Speckgürteln zu durchforsten und

bei Fündigwerden diese sukzessive abzulasten. Hümmer bemerkte, dass der tatsächliche Gewinn an zusätzlichem Personal für den Streifendienst in keinem Verhältnis zu den durch die Reform verursachten Kosten stehe. DPoIG-Vorsitzender Hermann Benker teilte diese Meinung weitgehend und wies darauf hin, dass man die Polizeireform auch weiterhin kritisch begleiten werde.

Angesprochen wurde zudem die besondere Belastung des Schichtdienstes der Landespolizei und der Einsatzzüge der Bereitschaftspolizei.

Beide Seiten vereinbarten, den begonnenen Dialog fortzusetzen. FW-Vorsitzender Hubert Aiwanger fasste für die Freien Wähler zusammen: „Wir sind stolz auf unsere Polizei, deshalb wollen wir ihr zur Seite stehen, wann immer es erforderlich ist“.

In eigener Sache

Liebe FW-Freunde, liebe Bezieher unseres Mitteilungsblattes,

ein arbeitsreiches und ereignisreiches Jahr mit Schwerpunkt kommunaler Bildungsarbeit liegt hinter uns. Unsere Geschäftsstelle in Thurnau mit Frau Gabriele Förster wird rege kontaktiert. Seit gut einem Jahr betreut sie unser Bildungswerk und hat sich in dieser Zeit hervorragend eingearbeitet und dabei viele Verbesserungsvorschläge in die Tat umgesetzt. Herzlichen Dank!

Unsere BKB Geschäftsstellenadresse ist:
Marktplatz 7, 95349 Thurnau,
Tel.: 09228-9969566,
E-Mail: bkb-bayern@t-online.de

Bildungsangebot 2007

Das neue Bildungsangebot beginnt im Februar 2007. Wir bitten alle Orts- und Kreisvorsitzenden, Einladungen ihrer Bildungsbeauftragten, die genaue Orts- und Zeitangaben für Seminare enthalten, unbedingt rechtzeitig auch online weiterzugeben. Dadurch ist gewährleistet, dass unsere Bildungsangebote, welche durch öffentliche Gelder des Innenministeriums finanziert werden, von Mandatsträgern und allen, die sich für Kommunalpolitik interessieren, besucht werden können.

Jeder Interessent kann sich außerdem selbst über unsere Homepage www.bkb-bayern.de informieren. Auch kleine Bildungsveranstaltungen werden dort veröffentlicht. Hierbei ein herzlicher Dank an Herrn Michael Schmitz für sein Engagement. Er stellt die Seminar-Angebote in unsere Home-Page!

Die Organisation des Seminarkalenders obliegt dem stellv. Bildungsleiter und dritten BKB-Vorsitzenden Klaus Förster. Bei Seminarwünschen zusätzlich zum offiziellen Angebot bitten wir, sich mit dem Bildungsbeauftragten in Ihrem Bezirk in Verbindung zu setzen. Dieser wird sich sodann an die Bildungsleitung wenden.

„Der Freie Wähler“

Überörtlich interessante Themen aus ihrem örtlichen Bereich (Gemeinde, Kreis, Stadt oder Bezirk) veröffentlichen wir gerne. Wir bitten, Disketten oder E-Mails mit Texten und guten Bildern an uns zu senden: An Herrn Michael Fischl oder Frau Waltraut Wellenhofer. Allen Autoren meinen Dank für ihre Bildungsbeiträge im letzten Jahr! Die Versandkosten für den „Freien Wähler“ sind sehr hoch. Um sie zu verringern, möchten wir die neuen Medien nutzen und bitten um Ihre E-Mail-Adressen!

Dank zum Jahresende

Zum Jahresende bedanken wir uns bei unseren Ersten Vorsitzenden des BKB, Herrn Volker Heiduk, beim Zweiten Vorsitzenden und FW-Ehrevorsitzenden Herrn Landrat Armin Grein, beim dritten Vorsitzenden Herrn Klaus Förster, bei Herrn Michael Schmitz und bei unserer Geschäftsstelle mit Frau Gabriele Förster, ebenso bei Herrn Michael Fischl für seine Hilfen bei der FW-Erstellung. Dank allen Bildungsbeauftragten und Referenten für die gute Zusammenarbeit. Dank allen, die sich in den Orts- und Kreisverbänden um Tagungsorte kümmern, und den Bildungsbeauftragten bei der Organisation helfen!

Ein Dankeschön unseren Ansprechpartnern im Innenministerium besonders für die finanzielle Unterstützung unseres Bildungswerkes.

**Ein glückliches, gesundes,
erfolgreiches Jahr 2007
wünscht Ihnen das BKB.**

Ihre
Waltraut Wellenhofer, Bildungsleiterin

Seminare 1/2007

Februar

24.2. Samstag Seminar – Computerarbeit für Bildungsbeauftragte

März

3.3.	Samstag	Kaim, Rhetorik I	Oberpfalz
10.3.	Samstag	Stallmeister, Effektives Arbeiten im Rathaus, Effektive Sitzungsleitung, Modernes Kommunalmanagement	Oberfranken
10.3.	Samstag	Kaim, Rhetorik I	Oberbayern
16.3.	Freitag	Stallmeister, Kameralistik und Doppik	Schwaben
16.3.	Freitag	Forman, Kommunen im Internet, Gestaltung und Pflege eines Internetauftritts mit CMS	Oberpfalz
17.3.	Samstag	Haller, Mobilfunk und Sendetürme	Mittelfranken
17.3.	Samstag	Kaim, Rhetorik	Oberfranken
24.3.	Samstag	Taubmann, Straßenausbaurechtsrecht	Unterfranken
24.3.	Samstag	Kaim, Rhetorik II	Oberbayern
30.3.	Freitag	Forman, Forman, Kommunen im Internet, Gestaltung und Pflege eines Internetauftritts mit CMS	Oberfranken
30.3.	Freitag	Kaim, Redetrainig für kommunale Themen	Schwaben

April

20.4.	Freitag	Mayer-Leixner, Kommunale Geoinformationssysteme und deren Beitrag zur kommunalen Vermögensbewertung	Mittelfranken
20.4.	Freitag	Haller, Sparen durch Einsatz alternativer Energiesysteme	Oberpfalz
27.4.	Freitag	Kleiber, Der Kommunale Haushalt	Schwaben
28.4.	Samstag	Voraussichtlich Landesdelegiertentagung	

Mai

4.5.	Freitag	Kolenda, Haushaltsgrundsätze – Aufstellung des Haushaltsplanes	Oberpfalz
11.5.	Freitag	Mayer-Leixner, Kommunale Geoinformationssysteme und deren Beitrag zur kommunalen Vermögensbewertung	Oberbayern Mitte
11.5.	Freitag	Wamser, Wahlen 2008 - Sie kandidieren erstmals – was Sie wissen sollten	Oberfranken
11.5.	Freitag	Taubmann, Kalkulation von Benutzungsgebühren und Beiträgen besonders bei leitungsgebundenen Einrichtungen	Oberpfalz
12.5.	Samstag	Kaim, Rhetorik	Oberfranken
12.5.	Samstag	Stallmeister, Kameralistik/Doppik	Mittelfranken
21.5.	Montag	Kleiber, 1-Euro Jobs	Mittelfranken

Juni

15.6.	Freitag	Wagner, Baurecht – Bayerische Bauordnung	Mittelfranken
23.6.	Samstag	Stallmeister, Erstellung eines Leitbildes bzw. Gemeindeentwicklungsplanes – prakt Anleitung	Oberpfalz
29.6.	Freitag	Taubmann, Rechte und Pflichten des Gemeinderates	Mittelfranken
30.6.	Samstag	Schmitz M., Kommunen im Internet, Gestaltung und Pflege eines Internetauftritts mit CMS	Oberbayern Mitte

Juli

6.7.	Freitag	Voraussichtlicher Termin für Dienstbesprechung	
6.7.	Freitag	Meyer P., Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz	Oberbayern Mitte
6.7.		Wamser, Kommunalwahl 2008 – Sie kandidieren erstmals – was Sie wissen sollten	Oberpfalz
20.7.	Freitag	Wamser, Wahlen 2008 - Sie kandidieren erstmals – was Sie wissen sollten	Mittelfranken

Bitte beachten Sie, dass sich an unserem Seminarangebot kurzfristig Änderungen ergeben können. Die aktuelle Übersicht über die BKB-Seminare erhalten Sie auf unserer Homepage www.bkb-bayern.de. Auch alle kleinen regionalen Seminare von etwa zwei Stunden Dauer finden Sie dort verzeichnet. Selbstverständlich haben Sie die Möglichkeit, sich direkt auf unserer Homepage für ein Seminar anzumelden.